

verwaltung sei, die Wertzeichen nicht noch weiter zu vermehren, da schon heute bei der Übergabe der Wertzeichen und Formulare der sich ablösenden Beamten umständliche Berechnungen stattfinden müßten, die noch unbequemer und zeitraubender werden würden, wenn eine weitere Vermehrung der Marken erfolgen würde. — Mit diesem Punkte wurde die Beratung am 7. Januar zunächst geschlossen, und die Teilnehmer der Konferenz vereinigten sich zu einem Mahle im Reichspostamts-Gebäude, zu dem der Staatssekretär Erzellenz Kraetke die Einladungen hatte ergehen lassen.

Am 8. Januar trat die Versammlung bereits kurz nach 7 Uhr morgens zu einem Besuche der wichtigsten Postämter Berlins zusammen. Zunächst wurde der Dienstbetrieb im Hauptamt in der Königstraße einer eingehenden Besichtigung unterzogen und nachher dem Briefpostamt in der Beuthstraße ein Besuch abgestattet. Die frühe Morgenstunde war gewählt worden, damit die Teilnehmenden sich auf diese Weise über den umfangreichen Geschäftsbetrieb, wie er sich kurz nach Eingang der durch die Nachtzüge nach Berlin gebrachten Postsendungen abspielt, informieren konnten. Bei der Besichtigung des Briefpostamtes, das um diese Zeit das gesamte Material der Nacht- und der Morgenposten zu bewältigen hat, kam es der Reichspostverwaltung darauf an, zu zeigen, daß die Aufsetzung des Ankunftsstempels auf gewöhnliche Brieffsendungen eine Betriebserschwerung und Zeitverschwendung sei.

In den Beratungen im Reichspostamt, die den Besichtigungen folgten, führte der Referent aus, daß keinerlei fiskalische Rücksichten die Postverwaltung veranlaßt hätte, die Stempelung der Briefe mit dem Ankunftsstempel aufzugeben, vielmehr seien in erster Linie die Rücksichten auf die Interessen der Handelswelt und des Publikums maßgebend für diese Anordnung gewesen.

Der Ausdruck des Ankunftsstempels erfordere einen besonderen Sortiergang, weil es unmöglich sei, die Abstempelung der unsortierten Postsachen, wie sie den von auswärts eingehenden Postfäden entnommen werden, vorzunehmen. Durch Wegfall des Ankunftsstempels sei eine erhebliche Beschleunigung in der Bereitstellung zum Austragen bzw. zum Abholen eingetreten, die z. B. in Berlin 15 bis 20 Minuten betrage und die es ermögliche, auch in anderen Oberpostdirektionsbezirken wesentlich schnellere Beförderungen zu erzielen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, kämen in Erfurt durch die neue Maßnahme täglich ca. 2500 Postsachen früher als bisher zur Bestellung, und die Zeitunterschiede beliefen sich auf 2 bis 12 Stunden früherer Bestellung. Die eingegangenen Beschwerden seien begründet mit dem Hinweis auf folgendes:

1. Es entstanden Rechtsstreitigkeiten über die Ankunft.
2. Es würde die Nachforschung nach der Ankunft erschwert.
3. Es würde die Verschleppung durch die Briefträger erleichtert.

Dem sei entgegenzuhalten, daß schon heute der Ankunftsstempel keine absolute Unterlage für den Zeitpunkt der Bestellung sei, weil die Postsachen abgestempelt werden müßten, bevor sie dem Briefträger in sein Fach gelegt würden und bevor sie von diesem bestellt würden. Wenn auch im großen ganzen eine große Sicherheit im Betriebe herrsche, so machten sogenannte Brieffallen, Fehlfortierungen oder falsche Bestellungen es oft unmöglich, eine Bestellung an den Adressaten unmittelbar nach Ausdruck des Ankunftsstempels stattfinden zu lassen.

Für die Postverwaltung sei die Frage der Wiedereinführung des Ankunftsstempels zu verneinen, sie habe in erster Linie für eine größte Beschleunigung in der Bestellung der eingegangenen Postsachen Sorge zu tragen, und sie könne

nicht Einrichtungen aufrechterhalten, welche solche Verzögerungen herbeiführen, die eine regelrechte Bestellung verhindern müßten.

In der anschließenden Diskussion äußerten sich sämtliche Teilnehmer der Konferenz. Übereinstimmend alle in dem Wunsche nach größtmöglicher Beschleunigung der Bestellung, verschieden aber waren die Ansichten über den Wert des Ankunftsstempels. Während der Vertreter der Berliner Handelskammer, der dem Bankfach angehört, die Wiedereinführung fordert, um seinen Kunden den Nachweis des Zeitpunktes des Einganges eines Börsenauftrages liefern zu können, glaubt der Vertreter der Mannheimer Handelskammer feststellen zu sollen, daß aus seinem Bezirke keinerlei Beschwerden über das Fehlen des Ankunftsstempels eingelaufen seien. Die Vertreter der Landwirtschaft wünschen zur Kontrolle ihrer Briefträger den Stempel, die Vertreter der Handwerkskammern wollen gern auf ihn verzichten. Der Vertreter des Buchhandels legt den größten Wert auf eine Beschleunigung bei der Bestellung, die namentlich bei den Leipziger Kommissionsgeschäften, in denen zumeist mit Minuten gerechnet werden müßte, von der größten Bedeutung sei. Erst in zweiter Reihe stände dem Buchhandel der Ankunftsstempel, der ja schon früher bei Postkarten und Bestellkarten sowie Drucksachen in Wegfall gelangt sei, zumal in den meisten Geschäften die Briefumschläge nicht aufbewahrt würden. Durch die Beschaffung eines Stundenstempels, den die einzelnen Geschäfte verwenden könnten, sowie durch die Einführung eines Formulars, in dem den Adressaten auf Antrag bestätigt würde, wann z. B. ein nach dem Poststempel um 6 Uhr abends in Hamburg aufgebener Brief in Berlin zur Bestellung gelangt sei, würden die Wünsche des Buchhandels befriedigt werden können.

Der Herr Staatssekretär stellte fest, daß in dieser Frage die verschiedensten Standpunkte vertreten seien, und will prüfen, was aus den Anregungen zu berücksichtigen wäre. In seinem Schlußwort dankte er den erschienenen Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks für ihre Mitarbeit und sprach die Hoffnung aus, daß die Beratungen fruchtbringend auf dem Gebiete des Postwesens wirken mögen.

Kleine Mitteilungen.

*Lehrbücher über Tongeschirr. — Wir empfangen folgendes zur Veröffentlichung:

»Freitwaldau, Bez. Liegnitz, im Januar 1910.
(Niederschlesien).

»P. P.

»In vielen Lehrbüchern für Volksschulen, Lehrerseminare und höhere Lehranstalten finden sich oft schiefe Auffassungen und direkte Unrichtigkeiten in den Angaben über Ton und Tonindustrie.

»Ein Hauptirrtum liegt in der Angabe, die Glasur der Topfwaren enthalte giftige Bleiverbindungen. Vor zirka 50 Jahren wurde allerdings der größte Teil der Topfwaren (das sogenannte gelbe irdene Geschirr) mit einer Bleiglasur überzogen. Vor einer Reihe von mehr als zehn Jahren ist aber aus sanitären Gründen polizeilich verfügt worden, daß Geschirre mit Bleiglasur in so hoher Temperatur gebrannt sein müssen, daß eine Bleiverbindung unschädlich ist. Da sich eine derartige Herstellung nur sehr schwer durchführen läßt, so ist die Fabrikation mit Bleiglasur heute fast vollständig im Aussterben und nur noch ein verschwindend kleiner Teil, der nicht in Betracht kommt.

»Gegenwärtig wird fast nur Braungeschirr, welches als sogenanntes Gesundheitsgeschirr anerkannt ist, fabriziert und in den Handel gebracht, welches mit einer bleifreien Glasur überzogen wird, die man aus einem Lehm herstellt. Man glasiert also buchstäblich einen Ton mit dem andern, nämlich den relativ feuerbeständigen mit dem nichtfeuerbeständigen, der bei hinreichend hoher Temperatur völlig zu einem glasigen Überzug zusammenschmilzt. So werden die Topfwaren hergestellt in Niederschlesien